



Die türkis-blaue Regierung hatte die Fusion der Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) durchgesetzt.

Foto: Böhm

„Zahlen für ÖGK-Löcher, Warten bei Wahlarztkosten“

Für die Arbeiterkammer-Präsidenten der drei westlichen Bundesländer ist der Zusammenschluss der Krankenkassen „desaströs gescheitert“.

Von Alois Vahrner

Innsbruck, Salzburg, Bregenz – Einmal mehr habe der totale Zentralismus gezeigt, dass er nicht in der Lage sei, auf die komplexen Anforderungen im Gesundheitswesen eine Antwort zu geben, kritisieren die AK-Präsidenten Erwin Zangerl (Tirol), Peter Eder (Salzburg) und Bernhard Heinzle (Vorarlberg). Die einst von ÖVP und FPÖ unter Führung von Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz gegen alle Bedenken und Kritik durchgesetzte Fusion der neun Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) habe eine katastrophale Zwischenbilanz hinterlassen, so die AK-Chefs.

„Von den vollmundigen

tienten-Milliarde ist nichts übrig geblieben. Stattdessen gibt es horrende Abgänge, Machtzentralisierung und gut dotierte Jobs in Wien statt Beseitigung von Defizitstrukturen“, wettet Zangerl.

Es gebe eine „absurde Bürokratie und ein zentrales Entscheidungs-Wirrwarr im Verbund mit kompetenz- und ressourcenmäßig ausgehungerten Landesstellen“, die ehrenamtlichen Arbeitnehmervertreter seien in ihrer eigenen Krankenkasse entmachtet worden, so Zangerl.

Die AK-Präsidenten weisen auf eine ÖGK-interne Prognose bis zum Jahr 2027. Trotz massiver Mittelabsaugung aus dem Westen von 817 Mio. Euro bis 2027 (400 Mio. Euro aus Tirol, 354 Mio. Euro aus Salzburg und 65

würden sich die Abgänge der ÖGK trotzdem noch auf 1,2 Mrd. Euro belaufen. Allein Wien habe in diesen Jahren ein kumuliertes Minus von 962 Mio. Euro. Diese alarmierenden Befunde würden laut den AK-Chefs aber in der ÖGK verschwimmen, weil es ja nach der Fusion nur noch ein Gesamtergebnis gebe. „Es gelingt dem Management der ÖGK in keinsten Weise, die offensichtlichen Ausgaben-Ungleichgewichte in einzelnen Bundesländern abzustellen – lieber greift man weiter ungeniert in die Taschen der westlichen Bundesländer“, kritisiert Zangerl.

Von der bei der Fusion versprochenen schnelleren Abwicklung sei leider nichts zu bemerken, im Gegenteil: So warteten derzeit Tiroler Patientinnen und Patienten auf

die Rückerstattung von insgesamt 110.000 Rechnungen an WahlärztInnen. „Vielfach liegen die Wartezeiten nicht unter drei bis vier Monaten.“ Durch den zentralen Besetzungsprozess hätten die Länder keine Möglichkeit mehr, Personal einzusetzen oder anzustellen, wenn es zum Abbau des Rechnungs-Rückstaus notwendig ist.

Die Länder bräuchten wieder mehr Kassen-Kompetenzen, fordern die drei AK-Präsidenten unisono. Alleine mit dem heuer in Tirol erwarteten ÖGK-Überschuss von 53 Mio. Euro könnten für die 560.000 Versicherten beispielsweise 30 neue Vertragsarztstellen finanziert, das Angebot in der Psychotherapie verdoppelt oder sechs Primärversorgungseinheiten errichtet und betrieben werden.